



Keupers

kritischer

Kommentar

01-01-2018

Januar 2018

## Droht ein Niedergang der Demokratie?

Heiß debattiert wird in der SPD zurzeit die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl. Neben der Bildung einer großen Koalition mit der CDU/CSU, oder die Übernahme der Führungsrolle in der Opposition durch die SPD, wird eine Tolerierung einer Minderheitsregierung der CDU/CSU vonseiten der SPD als eine politische Möglichkeit von den Genossinnen und Genossen diskutiert und in Erwägung gezogen. In einem Schreiben an die Mitglieder des Landesvorstandes der SPD AG 60plus von Rheinland-Pfalz hatte ich darauf hingewiesen, dass die SPD einst im Jahr 1930 die damalige Regierung Brüning auch als Minderheitsregierung toleriert hatte, was letztendlich in der Folgerung drei Jahre später die Machtergreifung der Nazis einleitete. Dieser Feststellung von mir, wurde durch ein Mail des Vorstandsmitglieds Dr. Anton Miesen vehement widersprochen, in dem dieser die Situation von damals mit der heutigen als nicht vergleichbar betrachtete. Er schrieb unter anderem: „Die inneren Strukturen (unserer heutigen Demokratie) sind im Gegensatz zu Weimar in der Bundesrepublik in allen Qualitäten stabil. Natürlich kann es auch in der Bundesrepublik zum Beispiel in Wirtschaft und Politik zu krisenhaften Situationen (wie in der Weimarer Republik) kommen. Diese werden (jedoch) die seit 70 Jahren gewachsenen demokratischen Strukturen nicht erschüttern können.“

### **Die Funktion der Zivilgesellschaft ist Garant der Demokratie.**

Doch sind unsere demokratischen Strukturen wirklich so stabil, sind sie wirklich so krisensicher? Das Fundament einer Demokratie ist eine funktionierende und sozial ausgeglichene Zivilgesellschaft. Und dieses gesellschaftliche Umfeld ist gerade in unserer Zeit beträchtlichen Veränderungen unterworfen. Wie ja auch in den hinter uns liegenden Jahrzehnten die stetigen Umbrüche in den gesellschaftlichen Auffassungen, die demokratischen Strukturen, die demokratische Politik veränderten. In der Adenauer-Ära war die Demokratie ganz anders ausgerichtet, wie zur Zeit der Regierung eines Willy Brandts, und zur Jahrtausendwende war sie grundlegend anders zu interpretieren wie zur heutigen Zeit. Viele Politologen, Publizisten und Meinungsforscher oder -interpreten sehen die Voraussetzungen für die Demokratie in den nächsten Jahrzehnten bei weiten nicht so gegeben an, wie wir sie heute noch erleben. Sie sind der Meinung, dass weltweit eine gewisse Regression freiheitlicher demokratischer Wertvorstellungen zu verzeichnen ist, dass nationale

Autoritäten zusehends an Einfluss gewinnen, weil der globale Kapitalismus und das Neoliberale immer mehr das demokratische Regierungshandeln bestimmend beherrschen, immer mehr die soziale Menschlichkeit zurückdrängen. Die Menschen nicht nur in den Armenregionen der Erde, sondern auch in den reichen konsumatorisch ausgerichteten Ländern der westlich orientierten Industrieregionen spüren, dass ihre Belange, ihre Sorgen und Nöte immer mehr eine untergeordnete Rolle spielen, dass ein imperialistischer Feudalismus scheinbar ungehindert auf dem Vormarsch ist.

Die demokratisch gewählten Regierungen, so der Eindruck vieler der inzwischen mehr und mehr verunsicherten Wählerinnen und Wähler, haben nicht mehr die Kraft, nicht mehr die nötige Macht sich der alles beherrschenden Globalökonomie entgegen zu stellen. Von postdemokratischen Verhältnissen ist oft schon die Rede, von postdemokratischen Verhältnissen, wie sie Colin Crouch in seinem Buch beschrieben hat.

### **National populistische Politik auf dem Vormarsch.**

Der britische Stanford-Soziologe Larry Diamond sieht in der sich abzeichnenden „Demokratie-Rezension“ eine Trendwende in der „Neoliberaldemokratie“. Ob durch die Politik eines Donald Trump für die USA, eines Wladimir Putin für Russland, Recep Tayyip Erdogan in der Türkei, Viktor Orban in Ungarn oder Jaroslaw Kaczynski in Polen, oder die politischen Verhältnisse in der Ukraine, auf den Philippinen oder partiell in Österreich, überall scheinen extrem (völkisch-)nationale Politikvorstellungen den Ton anzugeben, scheint die Demokratie aus dem Leben der Menschen sich zu verabschieden.

Auch in Deutschland sind immer stärker völkisch-nationale Politikströmungen zu verzeichnen. Nicht nur durch die AfD, welche als drittstärkste Fraktion sich im Bundestag etablieren konnte, sondern auch durch weitere extrem-nationale Randgruppen werden wieder lautstark rechte Parolen verbreitet. Parolen, die bei vielen Menschen im Lande Widerhall finden, wie einst in der Weimarer Republik, weil sie sich auf der Negativseite der Gesellschaft wähen, in Folge Arbeitslosigkeit oder befristeter und/oder geringfügig entlohnter Arbeitsverhältnisse, wegen unzureichender Renten, trotz einer langen Lebensarbeitszeit. Dazu kommt immer mehr die Angst, dass der Staat seine Bürger scheinbar nicht vor Terror und islamischer Unterwanderung schützen kann und dass soziale und wirtschaftliche Differenzen in einem Vereinten Europa, zu Lasten der kleinen Leute in Deutschland ausgeglichen werden sollen.

Diese Menschen glauben der Politik, den Politikern der etablierten Parteien nicht mehr, glauben nicht mehr den neoliberalen Parolen von Wohlstand durch Leistung. Sie misstrauen den angeblichen Fortschritt durch Weltoffenheit, welche ihrer Meinung nach nur den Global Playern und den reichen Eliten nutzt. Sie sehnen sich zurück nach dem Nationalen, nach dem Altgewohnten und Sicherem, nach dem Konservativen, nach ein bisschen mehr Heimat.

### **Sozialdemokratische Politik braucht Zukunftsperspektiven.**

Es ist klar erkennbar, an der Regression der Demokratie hat der Neoliberalismus, hat der reine Marktliberalismus die meiste Schuld. Doch angesichts dieser Analysen überrascht es, dass die Sozialdemokratie, dass linke Politik, fast nirgendwo von dieser Krise profitieren kann. Fast überall ist eine progressive linke Politik weniger gefragt, versinkt soziale Po-

litik in das Nebensächliche. Was der linken Politik fehlt, ist eine ausgerichtete Zukunftspolitik. Die Utopie eines besseren Lebens trotz digitaler Veränderungen der Lebensgewohnheiten und der Arbeitswelt, eines besseren Lebens durch Fortschritte bei Klima- und Umweltschutz, ein besseres Leben durch mehr Frieden und durch mehr Freiheit auf der Welt. Das sind Ziele für die sich Menschen begeistern, die sie mitreißen können!

Die Sozialdemokratie muss nicht nur die politischen Mängel von heute im Blick haben, nicht nur die Mängel an der soziale Gerechtigkeit in der Gegenwart beseitigen. Die SPD muss den Menschen klar und eindeutig erklären, wie sie Freiheit, Menschenwürde und Solidarität gestalten, wie Sozialdemokratie eine freie und soziale Demokratie der Zukunft erschaffen will. Wichtig dabei ist, nur wenn die Zivilgesellschaft Ungleichheiten abmildert oder verhindert, dann bleiben demokratische Strukturen auch in Zukunft erhalten.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 02. 01. 2018

Heinrich Keuper